

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 9

Rubrik: Aus Zeit und Streit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gebracht, und damit dem Übermenschlichen, dem Ewigen nächstverwandt. Wirklicher Wiß ist die Tiefe, welche in der Geschliffenheit und Zucht überraschender, doch organischer Formung sich selbst entlockt ist. Bloßer Wiß dagegen ist ein leichtes Geklingel von grellen, oberflächlich ausblitzenden Verkettungen, das sehr schnell anödet und quält. Auch in dem vorliegenden Buche gibt es Stellen, wo der Verfasser sich forciert und in dieses Unwesen abjinkt. An seinen Höhepunkten dagegen erinnert er geradezu an Ballenberg: wie dieser weiß er den Quellgrund aufzugraben, wo die harte Bestimmtheit der Sprache dem flüssigen Leben entspringt und sich ein Wort nach allen Richtungen schmeichelnd zum benachbarten dialektisch hinüberspielen läßt, um mit ihm in Einheit oder in Gegensatz sich wechselseitig zu erhellen. Daß die Poesien Otto Maags aus tieferem Boden erwachsen, das beweist schon die ernste Kritik unseres mechanisierten und veräußerlichten Zeitalters, welche ihnen Gewicht und Schneide verleiht. Ganz besonders erweist es aber der letzte Teil des Buches, welcher auf das Fachgebiet des Verfassers, die Musikwissenschaft, hinüberreicht. Hier hat Maag Schönes, Poetisches und Ernstes gegeben.

Es wäre interessant, von dem begabten Verfasser einmal eine Arbeit einheitlichen Gusses und thematischen größeren Wurfs zu erhalten.

Erich Brod.

Aus Zeit und Streit

Zur Krisis des Parlamentarismus.

Für über 30 Blätter war der in unserm Oktober- und Novemberheft erschienene Beitrag von Dr. Oskar Schär: „Reformvorschläge zum heutigen Parlamentsbetrieb“ Anlaß, sich mit dem darin behandelten Gegenstand auseinanderzusetzen. Die Art der Stellungnahme war dabei im allgemeinen durch die Parteizugehörigkeit oder allgemeine politische Richtung der betreffenden Blätter bedingt. Das gilt selbst für diejenigen Gruppen von Blättern, die überhaupt keine Notiz nahmen; keine Stellungnahme bedeutet in diesem Falle auch eine Stellungnahme.

Kennzeichnend für einen gewissen aktivistischen Geist im Rechtsfreisinn sind die Äußerungen der „Thurgauer Zeitung“:

„Es ist gegenwärtig in der schweizerischen Presse von einer Reform des Parlamentsbetriebs die Rede. Eine Motion im Nationalrat, welche die Verlängerung der Amtsdauer der Nationalräte von drei auf vier Jahre verlangt, und ein Artikel von Nationalrat Schär in den „Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur“ geben den Anstoß zu der nicht uninteressanten Erörterung. . . Herr Schär ist trotz seines Rücktrittes immer noch etwas von dem parlamentarischen Wahne befangen, daß man die Luft des Bundeshauses geatmet haben müsse, um etwas vom Parlamentarismus zu verstehen. Er meint, soweit die Kritik aus außerparlamentarischen Kreisen stamme, beruhe sie nicht immer auf „sachverständiger Kenntnis der einschlägigen Faktoren“. . . Aber wenn Reformvorschläge zum heutigen Parlamentsbetrieb gemacht werden sollen, so wird man sehr wahrscheinlich von außen her die Mängel des Systems unbefangener beurteilen als bei den Leuten, die sich in der parlamentarischen Wolle befinden und sich dabei so wohl fühlen, daß der Ruf nach einer Reform des Betriebes bei ihnen nur schwer Gehör finden wird. . . Nationalrat Schär hält sich nicht lange bei der allgemeinen Tatsache auf, daß der Parlamentarismus in der Welt nicht mehr allzu hoch im Kurse steht. . . Er tritt nicht näher auf die Verhältnisse in Frankreich ein, wo der Parlamentarismus jedes Ansehen verloren hat, und er sagt auch nichts von den Zuständen in Italien, wo ein korruptes parlamentarisches System dazu geführt hat, daß die Kammer an die Leine eines Diktators genommen werden mußte.“

Ähnlichen Einstellungen zum liberalen Parlament begegnet man in katholisch-konservativen Blättern. So schreibt der Oltenener „Morgen“:

„Ein erfahrener Parlamentarier, der Basler Dr. Oskar Schär, untersucht in den „Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur“ die interessante Frage der Reformbedürftigkeit des Nationalrates... Wer berufsmäßig, sei er nun selber Parlamentarier oder dann Parlamentsjournalist, die Verhandlungen des Nationalrates mitmachen muß, ist gegen die Enttäuschung gefeit, teilt aber die Kritik: der bisherige Parlamentsbetrieb hat sich überlebt. Der Nationalrat mit seiner heutigen Arbeitsmethode ist energieverwendende Staffage. Die effektive Arbeit des Nationalrates steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung, die man ihm beimißt und die er eigentlich haben sollte. Es wäre allerdings ungerecht, mit dieser Kritik den Nationalrat als solchen zu treffen; die Kritik trifft vielmehr jedes europäische Parlament und wir halten dafür, daß der schweizerische Nationalrat die Fehler des parlamentarischen Systems nicht in dem hohen Maße in sich birgt, wie beispielsweise der österreichische Nationalrat, der deutsche Reichstag oder gar die französische Kammer. Aber die Fehler bestehen und wachsen; ob es mit einer Reform des Nationalrates gemacht ist oder ob die Existenzberechtigung des Nationalrates in Frage gestellt werden muß, sei heute nicht untersucht.“

Oder in den „Neuen Zürcher Nachrichten“ ist zu lesen:

„In der neuesten Zeit hat am schweizerischen Parlamentarismus eine scharfe Kritik eingesezt. Es war naheliegend, daß Nationalrat Tschudy in der Begründung seiner Motion über die Verlängerung der Amtsdauer unserer Volksvertretung von dieser Kritik ausgegangen ist, die auch seiner Überzeugung gemäß nicht kurzerhand als Ubelwollen und Nörgelsucht derjenigen ausgelegt werden kann, die außerhalb dem Ratssaale stehen. Nicht zu übersehen ist, daß insgeheim auch in der Schweiz Mussolini mehr als einen stillen Bewunderer hat... Der italienischen Kammer ist die Unfähigkeit, in wichtigen Fragen der nationalen Politik und Wirtschaft zu einer Einigung zu gelangen, zum Verhängnis geworden. Weite Volkskreise waren der Vielrednerei und des unfruchtbaren Parteigezänks überdrüssig geworden. Man erhielt den Eindruck, daß die Abgeordneten mehr auf ihren persönlichen Vorteil als auf denjenigen des Landes bedacht seien, der Staat werde als Milchkuh für die Parlamentarier betrachtet, die aus ihrem Mandat möglichst viel direkten und indirekten Gewinn ziehen möchten... Italien ist nun mit der Schweiz nicht identisch. Doch wäre es eine Täuschung, zu glauben, der schweizerische Parlamentarismus habe im Laufe der letzten Jahre an Ansehen im Volke gewonnen... Was Dr. Schär kritisiert und postuliert, soll kein Kassandraruß sein. Doch liegen die Dinge auch in der Schweiz so, daß eine Revision der parlamentarischen Sitten und Gebräuche notwendig wird.“

Auch einige Blätter der welschen Schweiz haben sich — vorwiegend zustimmend — zu den Vorschlägen von Dr. Schär geäußert. So beispielsweise die „Gazette de Lausanne“:

„Nur von einer Erneuerung der Arbeitsmethoden kann man eine wirkliche Besserung erwarten. Der Basler Abgeordnete Oskar Schär veröffentlicht im Oktoberheft der „Monatshefte für Politik und Kultur“ bemerkenswerte Reformvorschläge... Sein Vorschlag ist nur eine Seite der parlamentarischen Frage. Was er anregt, ist aber auf jeden Fall viel wichtiger als die Präsidentenglocke, die trockene Guillotine und die elektrische Klingel.“

Eine ziemlich einheitliche Einstellung kommt in den Blättern des links-freisinnigen Lagers zum Ausdruck. In der „Zürcher Post“ heißt es z. B.:

„Umso mehr wird man es begrüßen, wenn von berufener Seite die Frage einmal aufgegriffen und die Kritik am Parlament — auch am schweizerischen, denn es handelt sich um einen Krisenzustand der parla-

mentarischen Einrichtungen überhaupt — auf ihre Berechtigung untersucht und positive Reformvorschläge in die öffentliche Diskussion geworfen werden, wie das in einem Aufsatz der Fall ist, den Dr. Oskar Schär im Oktoberheft der „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur“ veröffentlicht. . . Durch die Neuordnung (wie sie Schär vorsieht) würde gerade das vermieden, was heute als die Hauptschwäche des Parlaments empfunden und von der Kritik auch am schärfsten gebrandmarkt wird: die Zeitverschwendung. Alle Bestrebungen nach einer Reform des Parlaments müßten in dieser Richtung der Zeitersparnis gehen! Man wird diesem Verlangen die Berechtigung nicht abprechen können, wenn auch damit nur die eine Seite des ganzen Fragenkomplexes „Krisis des Parlamentarismus“ erfaßt wird. Und es bleibt nur zu wünschen, daß sich die eidgenössischen Räte dieser Vorschläge ihres ehemaligen Mitgliedes ernsthaft und in absehbarer Zeit annehmen werden.“

Im „Oberländer Tagblatt“ (Thun) äußert sich ein Einsender:

„Die Kritik hat vom Standpunkt der Praxis aus größtenteils den kapitalen Fehler, daß sie, ohne wirklich etwas brauchbares Neues zu nennen, die parlamentarische Staatsform überhaupt aufs Korn nimmt. Diskussionen solcher Art scheiden für uns im allgemeinen eben deshalb aus, weil wir uns eine Demokratie anders als auf parlamentarischer Grundlage ernstlich nicht vorstellen können. Wichtig für uns ist nun aber, daß Möglichkeiten bestehen, um ohne staatsumwälzende Neuerungen den laufenden Betrieb unserer Parlamente verschiedentlich zweckmäßiger zu gestalten. Hier setzen die Vorschläge des zurückgetretenen eidgenössischen Parlamentariers ein. . . Wenn sie auch nur in bescheidenem Maße dazu beitragen können, um unserem Lande, vor allem also der Eidgenossenschaft als Ganzes, die lauende Gefahr des Berufsparlamentarismus, die anderwärts eine so große Rolle spielt, aufs bestimmteste fernzuhalten, so kommt ihnen eine bemerkenswerte Bedeutung zu.“

Die „Volkszeitung“ in Pfäffikon schreibt:

„Kein freier Mann wird je Regierungskünste befürworten, die sich mehr oder weniger nur unter Ausschluß der Parlamente entfalten. Je mehr man aber die volle Berechtigung der parlamentarischen Tätigkeit anerkennt, desto mehr muß man für Reformen im heutigen Betrieb eintreten, und es nimmt einen eigentlich nur wunder, daß nicht längst prominente Parlamentarier von sich aus entsprechende Vorschläge gemacht haben. Einer — ein gewesener — hat das nun getan. . . Was man an den Vorschlägen (von Dr. Schär) bedauern kann, ist die Tatsache, daß der erfahrene Parlamentarier nicht mehr Gelegenheit hat, seine Ideen im Parlament selbst mit allem Nachdruck zu verfechten. Die Öffentlichkeit ist längst überzeugt, daß eingreifende Neuerungen kommen müssen; gerade im Parlament aber, das endlich wirksam handeln sollte, herrscht teils aktiver, teils mindestens passiver Widerstand gegen das Gebot der Stunde.“

Darauf, daß es sich bei der Krisis des Parlamentarismus um eine Krisis des „ganzen Systems“ handelt, wird in der Basler „Nationalzeitung“ hingewiesen:

„Die Krise des Parlamentarismus richtet sich gegen die Eigenschaft der Parlamente, eine Scheidemauer zwischen Volk und Regierung, eine Bevormundung des ersteren und entweder ein Hemmschuh oder dann ein zu willfähriges Medium der letztern zu sein. Die Reform der Parlamente muß darum, soll jene Krise überwunden werden, darauf hinzielen, die Beziehungen zwischen Volk und Parlament unmittelbarer, anregender, kooperativer zu gestalten und zwischen der volksbeauftragten Gesetzgebung und der volksbeauftragten Regierung jene reinliche Trennung vorzunehmen, welche die wichtige Aufgabe beider, ein gegenseitiges Kontrollorgan und Korrektiv zu sein, gewährleistet. Sicher ist eines: der praktische Geist des

Zeitalters der Rationalisierung wird auf die Dauer auch dem Staate keinen unpraktischen und unzweckmäßigen Organismus und keinen bloß dekorativen Ballast mehr gestatten. . . Gibt es eine bessere Rechtfertigung für das Begehren der Wahl des Bundesrates durch das Volk, der Schaffung eines sachmännisch besetzten Administrativrates . . . als dies wertvolle Eingeständnis eines erfahrenen Parlamentariers von der verloren gegangenen Selbstständigkeit des Parlamentes gegenüber seinem selbstgewählten Bundesrat? Wenn ein Parlament wegen acht Talern Taggeld Sessionen verschleppt und wegen den scharfen Augen des Bundesrates nicht zu stimmen wagt, wie es der persönlichen Überzeugung entspricht, was brauchts dann noch, um an die Totalrevision des ganzen Systems zu denken?"

Zum vorbehaltlosen Verteidiger des Parlamentes, selbst in seiner heutigen Form, wirft sich das „Luzerner Tagblatt“ auf. Zum Teil mag diese Haltung bedingt werden durch die Minderheitsstellung, in der sich der Freisinn im Kanton Luzern befindet. Als Organ zur Geltendmachung der das „Volk“ anrufenden und sich auf den Willen des „Volkes“ stützenden Opposition hat sich das liberale Parlament immer viel besser geeignet als zu gestaltender, aufbauender Arbeit. Die betreffenden Stellen in diesem Blatt lauten:

„Herr Schär scheint mit seinen Reformvorschlägen etwas aus dem Auge gelassen zu haben: Lieber ein unrationell arbeitendes, gelegentlich als Schwabstube verschrieenes Parlament, für das sich das Volk noch zu erwärmen weiß, als eine bis ins Einzelne rationierte Volksvertretung, der sozusagen kein Mensch mehr Beachtung schenken würde. . . Wenn es nur darauf ankäme, rasche und verhältnismäßig gute Gesetzesarbeit zu leisten, so brauchte man schließlich überhaupt keine Volksvertretung mehr. Dann vermöchte der Bundesrat mit einer Reihe von Sachverständigenausschüssen sehr wohl allein auskommen. Man könnte dann also die Rationalisierung noch sehr viel weiter treiben, als Herr Dr. Schär dies tun möchte. In der Volkswahl des Bundesrates wäre ja der erforderliche Schutz dagegen zu finden, daß dieses System nicht in eine eigentliche Diktatur ausartete! Doch, Spaß beiseite! Man verkennt mit allen Vorschlägen, die in dieser Richtung tendieren, die Bedeutung der Volksvertretung, übersieht die Impponderabilien, die hier ständig am Werke sind, übersieht die tausend und tausend von oft verborgenen Fäden, welche gerade durch das Mittel der Volksvertretung die Regierung mit den Regierten verbinden. . . Daß unser Nationalrat, so wie er ist, über eine recht erfreuliche und zufriedenstellende Arbeitsfähigkeit verfügt, . . . hat gerade die abgelaufene Session bewiesen.“

Keine Stellungnahme findet man in der sozialistischen und in der — wie man sagen könnte — „gouvernementalen“ Freisinnspresse. Das mag zum Teil Zufall sein. Zum Teil ist es aber mehr. Der Sozialdemokratie ist das liberale Parlament als zweckmäßiges Werkzeug zur Geltendmachung der Opposition so ans Herz gewachsen, daß sie heute als sein eigentlicher Beschützer auftritt. Im übrigen ist ihr ganzes Augenmerk auf die Erringung der Macht im Staate gerichtet. Habe man diese erst einmal inne, dann — so glaubt sie — werde sich alles andere von selbst machen. Es hat sich aber, auch wo die Sozialdemokratie unbestritten im Besitz der Macht war, nirgends alles andere von selbst gemacht, auch nicht das Ungenügen des liberalen Parlamentes. Im „gouvernementalen“ Freisinn umgekehrt erblickt man in jeder Kritik am Bestehenden eine Schwächung des „Systems“. Dadurch, daß man so tut, als ob die Mängel und Schwächen dieses Systems nicht vorhanden wären, leistet man diesem selbst aber einen schlechten Dienst. Die Grundlagen unseres Volksstaates werden wir gegen den Ansturm von Links und Rechts nur zu erhalten vermögen, wenn wir, anstatt in angstvoller Unbeweglichkeit zu verharren den Forderungen der Zeit im Rahmen dieser Grundlagen voll Genüge tun. D.

Die welsche Frage.

In seiner Umschau im Novemberheft der „*Bibliothèque Universelle et Revue de Genève*“ macht **Charly Clerc** aus Anlaß von Alfred Lombards Flugchrift „*Une terre, une langue*“ einige bemerkenswerte Ausführungen zur „*Question romande*“. Bevor man davon rede, daß eine welsche Frage bestehe, solle man sich zweier Tatsachen erinnern: „Zuerst, daß zwischen Paris und uns der Jura sich gesenkt zu haben scheint; daß die literarischen Beziehungen — um nur von ihnen zu sprechen — viel zahlreicher und natürlicher sind als vor 1914. . . Zweitens, daß der berühmte Graben zwischen uns und der deutschen Schweiz schlecht und recht vor Kriegsende ausgefüllt worden ist und daß die Stimme der Welschen sich in den eidgenössischen Bereichen immer zu Gehör bringt, und daß es nur von einem engeren Zusammengehen der französischsprachigen Kantone abhängt, um sich noch mehr Gehör zu verschaffen.“

Die Lage der welschen Schweiz sei also keineswegs unglücklich oder tragisch. Immerhin entspreche die im vorigen Jahrhundert übliche Formel von der Rolle der welschen Schweiz — Aussichtspunkt, Balkon, Plattform, oder Land der Vermittlung zwischen zwei Kulturen zu sein — nicht mehr dem heutigen Zustand. Das begeistere in der welschen Schweiz niemanden mehr. Nur Gastfreundschaft des Gedankens pflegen, sei kein genügender Daseinsgrund. Man müsse ein eigenes Leben leben. Was keine leichte Aufgabe bedeute, da man zur Linken das Vaterland der Sprache habe, Frankreich, das zum großen Teil nicht verstehe, wie man außerhalb seiner Grenzen auch französisch sein könne; und zur Rechten das politische Vaterland, in dem man immer die Minderheit bilde. Die welsche Schweiz lebe also in Schwierigkeit, sie laufe Gefahr; in dem Sinne bestehe eine welsche Frage. Bei Lombard vermisse man aber den Nachweis, daß die Schwierigkeit erträglich und die Gefahr schön sei. Gewiß habe man, als man vor mehr als hundert Jahren einem Bund beigetreten sei, der eine andere Sprache redete als die welsche, nicht vorausgesehen, daß das Staatenbündnis mehr und mehr die Form einer Einheitsrepublik annehmen werde. Aber die welsche Schweiz habe genug Vorteile dabei erhalten, um nicht an der Zukunft verzweifeln zu müssen.

Die Unlösbarkeit des Abrüstungsproblems.

Im Oktoberheft der „*Geopolitik*“ setzt sich **Friedrich F. G. Kleinwächter** mit diesem Gegenstand auseinander: Die Abrüstungsbewegung geht von dem grundsätzlichen Denkfehler aus, daß es mit der Abschaffung der Heere keine Kriege mehr gebe. Wer aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen abrüsten wollte, würde sich den andern Staaten auf Gnade oder Ungnade ausliefern. Abrüsten kann nur, wer die Sicherheit besitzt, daß seine Wehrlosigkeit nicht von andern Staaten ausgenützt wird. Diese Sicherheit kann aber nur eine über den Einzelstaaten stehende Macht gewähren. Der Völkerbund ist der Versuch, eine solche überstaatliche Macht darzustellen. Ihm fehlen aber jegliche Machtmittel, die Mitglieder zum friedlichen Austrag ihrer Gegensätzlichkeiten zu zwingen. Die notwendige überstaatliche Macht kann eben nicht durch Verträge ersetzt werden. Aber selbst wenn die europäischen Staaten die Waffen niederlegen wollten, könnten sie es nicht, weil Europa nicht allein auf der Erde lebt. Es würde sich damit beispielsweise Rußland oder selbst China auf Gnade und Ungnade ausliefern. Das Problem, dem die europäischen Staaten nachgehen: den Krieg als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Streitfälle abzuschaffen und das durch Abrüstung zu erreichen, ist daher unlösbar. Der Verfasser sieht als einzigen Weg, daß sich Europa zusammenschließt und die heute fehlende überstaatliche Macht in der Gestalt eines europäischen Oberstaates schafft, an den die einzelnen Wehrmächte übergehen. Vielleicht dränge gemeinsame Not früher zur Verwirklichung dieser Utopie. Voraussetzung dafür sei auf jeden Fall die Erkenntnis des richtigen Weges. „Der heute eingeschlagene Weg ist falsch. Das ist eine

harte Wahrheit. Aber sie wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man an ihr vorbeifließt.“

Verzeichnis der in diesem Heft besprochenen Bücher.

- Baumgartner, Rudolf:** Die Freiheit der Rheinschiffahrt; Haupt, Bern.
Die Entwicklung der Rheinschiffahrt nach der Schweiz; Frobenius, Basel.
Oberle, Oskar: Theatergeschichte der inneren Schweiz; Heß, Basel.
Escher, Konrad: Englische Kathedralen; Dreimaschenverlag, München.
Frey, Jean Richard: Die Oberrheinfragen in der Nachkriegszeit; Hobbing, Berlin.
Maag, Otto: Die gepanzerte Nachtigall; Nationalzeitung, Basel.
Spoerri, Theophil: Präludium zu Poesie; Furche-Verlag, Berlin.
Stähelin, Felix: Die Schweiz in römischer Zeit; Schwabe, Basel.
Stauffacher, Werner: Die Rheinfrage; Schweiz. Handels- und Industrieverein, Borot, Zürich.
Stegemann, Hermann: Erinnerungen aus meinem Leben; Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Warrad, John: British Cathedrales; Simpkin & Co., London.

Mitarbeiter dieses Heftes:

Prof. Wilhelm Kapp, Prof. an der Universität, Freiburg i. Br. — **Robert Gürke,** cand. jur., Wien-Zürich. — **Dr. Gerhard Voerlin,** Basel. — **Ernst Wolfer,** cand. jur., Zürich. — **Dr. Hector Ammann,** Aarau. — **Erich Brod,** Zürich. — **Dr. Eugen Curti,** Zürich. — **Dr. Paul Lang,** Kilchberg-Zürich. — **Fräulein Elisabeth Sulzer,** Zürich.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Hans Dehler. **Schriftleitung und Verlag:** Aarau, Goldernstr. 1. — **Druck und Versand:** A.-G. Gebr. Leemann & Co., Stockerstr. 64, Zürich 2. — **Abdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift ist unter Quellenangabe gestattet.** — **Übersetzungsrechte vorbehalten.**

Diesem Heft liegt ein Prospekt der Neuerscheinungen des Verlags Orell Füssli, Zürich, bei.
